
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Allgemeine kommunale Entwicklung

Eggenstein-Leopoldshafen hat in 2013 eine gute Entwicklung genommen. Wir können weiterhin von einem Bevölkerungswachstum ausgehen, zwar etwas langsamer als in den Vorjahren, da das Baugebiet Viermorgen III inzwischen nahezu vollständig bebaut und bezogen ist und Zuzüge von außen nachlassen, aber stabilisiert durch eine Geburtenrate von noch immer über 130 Kindern.

Zunehmend ist weiterhin der Anteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Senioren ab 75 haben inzwischen mit 1.750 einen Bevölkerungsanteil von fast 11 %.

Was folgern wir daraus? Für die Attraktivität unserer Gemeinde als Ortsgemeinschaft ist nicht nur die Familienfreundlichkeit von großer Bedeutung, auch die Belange unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sind auf vielen kommunalen Tätigkeitsfeldern zu beachten. Das beginnt bei der behindertengerechten Gestaltung des Verkehrsraums, geht über die Nahversorgung beim Einzelhandel und den medizinischen Einrichtungen, dem Angebot an seniorengerechtem Wohnraum über die Verfügbarkeit von sozialen Hilfen und Beratungen bis hin zu attraktiven Freizeitangeboten. Zusammen mit dem Kreisseniorenenrat und örtlichen Organisationen, die sich in der Seniorenarbeit bereits engagieren, haben wir Möglichkeiten diskutiert, wie die Belange unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger am besten in kommunalpolitische Entscheidungen einfließen können und werden dies in den folgenden Monaten noch intensiver tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Jahr 2013 ist gerade zu Ende gegangen und finanziell noch nicht abgerechnet. Auch der Haushalt 2014 wird erst in den nächsten Wochen im Gemeinderat beraten und am 25. Februar verabschiedet. Ich kann insoweit noch nicht auf die Haushaltsreden der Fraktionen und des Bürgermeisters verweisen. Trotzdem zeichnet sich bereits ab, dass wir insbesondere mit dem Haushaltsergebnis 2013 sehr zufrieden sein können. Der laufende Überschuss, der für Investitionen zur Verfügung steht, erlaubt neben der Finanzierung der vielen Baumaßnahmen noch eine Zuführung zu den Freien Rücklagen. Das ist bekanntlich unser Sparstrumpf, der zu Beginn diesen Jahres dann einiges über 12 Mio. € betragen wird.

Die Freude über die gute Einnahmesituation in 2013 ist berechtigt, ist aber kein Anlass zur Euphorie. Neben der guten Entwicklung des allgemeinen Steueraufkommens ist sie nämlich wesentlich begründet in einmaligen Effekten aus der Gewerbesteuer, die sich nicht wiederholen werden. Dem stehen für die Folgejahre weitere nicht unerhebliche Aufwendungen gegenüber, wenn ich den Aufwand für den Ausbau der Kinderbetreuung und das Schulwesen sowie die auch für die Gemeinde steigenden Energie- und Personalkosten betrachte.

Wir werden in den Beratungen für den Haushalt 2014 Investitionen in Höhe von über 13 Mio. € besprechen, die wir wesentlich aus der Entnahme aus den Rücklagen finanzieren müssen, denn dafür reichen die laufenden Überschüsse des Verwaltungshaushaltes sicher nicht aus. Mittelfristig werden wir auch nicht ohne Kredite im Kernhaushalt auskommen.

Trotzdem hat der Gemeinderat bereits gleichbleibende Wasser- und sogar sinkende Abwassergebühren beschlossen, die Bestattungs- und die Kinderbetreuungsgebühren wurden den Empfehlungen der Spitzenverbände und der Gemeindeprüfungsanstalt entsprechend angepasst und die Verwaltung empfiehlt die Realsteuersätze – also Grund- und Gewerbesteuer – auch in 2014 nicht zu erhöhen - alles in allem eine vertretbare Belastung für unsere Bürger.

Nachdem, wie bereits angesprochen, die Haushaltsberatungen für 2014 erst noch anstehen, werde ich nur auf die ohnehin bereits in der Diskussion stehenden großen, so genannten strategischen Projekte eingehen.

Soziale Infrastruktur

Das Thema Ausbau der Kinderbetreuung ist nach wie vor herausragend, sowohl im Tagesgeschäft, als auch bei den Investitionen. Neben dem Zusatzbedarf an Krippenplätzen durch das Recht auf Kleinkindbetreuung seit August 2013 ergibt sich durch die gestiegene Geburtenzahl die Notwendigkeit des Baus einer weiteren Einrichtung, die wir beim Wasserwerk an der Neckarstraße geplant haben. Hierfür werden wir im Jahr 2014 ca. 4 Mio. € investieren. Des Weiteren müssen wir dem sich ändernden Betreuungsbedarf gerecht werden. Ein weiteres Problem stellt die Personalbeschaffung bei der Kinderbetreuung dar. Der Personalmarkt bei Erzieherinnen ist angespannt um nicht zu sagen fast leergefegt. Wir müssen uns als Arbeitgeber schon attraktiv präsentieren, damit wir unseren Zusatzbedarf mit qualifizierten Kräften decken können.

Ebenfalls eine große Herausforderung stellt die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule bei der bisherigen Grund- und Werkrealschule dar. Ich möchte Ihnen heute nicht die sehr kontroverse und teilweise sehr theoretische sowie von der individuellen Interessenlage bestimmte Diskussion über die neue Schulform vortragen. Dies würde den Rahmen unseres Jahresempfangs sprengen. Festzuhalten ist aber, dass das von den Gegnern so propagierte bisherige dreigliedrige Schulsystem eben auch nicht so optimal funktioniert hat, es zweifelsfrei für viele Kinder sinnvoll ist, nicht schon nach der vierten Klasse in eine bestimmte Schulform, sprich Leistungsstufe, eingesortiert zu werden und neue Unterrichtsformen, wie Lerngruppen, selbstbestimmtes Lernen etc., gar nicht so neu sind, sondern auch heute schon erfolgreich praktiziert werden. Andererseits kann das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule nur dann funktionieren, wenn ausreichend qualifiziertes und motiviertes Lehrpersonal zur Verfügung steht und die Ausstattung der Schulen den notwendigen Standard erfüllt. Darüber hinaus wäre es natürlich auch schön, wenn das Kultusministerium es bald schaffen würde die unverzichtbare Überarbeitung, Neuerstellung und vor allem Abstimmung der Lehrpläne auf die Reihe zu bekommen, damit die Schulen auch wissen, welche Lernziele anzustreben sind.

Nachdem die Eingangsschülerzahlen unserer Werkrealschule auf ein Niveau abgesunken sind, die mittelfristig den Schulstandort gefährden, haben wir uns entschlossen für das Schuljahr 2014/2015 den Antrag auf Einführung einer Gemeinschaftsschule zu stellen. Die Schulleitung und das Kollegium stehen voll hinter diesem Antrag und haben in einer Arbeitsgruppe ein pädagogisches Konzept erarbeitet, das die

Stärken unserer Schule berücksichtigt und bei der Visitation des Staatlichen Schulamtes große Zustimmung erzielt hat. Die Gemeinde als Schulträger engagiert sich in hohem Umfang bei der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen und bei der Ausstattung. Daneben ist beim vorgegebenen Ganztagsbetrieb der Gemeinschaftsschule der Schulträger bei der außerunterrichtlichen Betreuung sowie beim Mittagessen gefordert.

In der Endausbaustufe bedeutet dies Investitionen in einen Erweiterungsbau, insbesondere wenn wie geplant die Nachfrage im Grundschulbereich nach einem Ganztagsbetrieb ebenfalls gedeckt werden soll.

Da sehe ich allerdings noch eine Menge Klärungsbedarf. Im Laufe der vergangenen Woche haben sich das Kultusministerium und die Spaltenverbände der kommunalen Seite auf einen Kompromiss geeinigt, der es den Schulträgern überlässt den Ganztagsbetrieb in der Grundschule an 3 oder 4 Werktagen mit 7 oder 8 Zeitstunden zu gestalten. Was passiert aber an den beiden restlichen Nachmittagen und den Randzeiten zu einer 10-Stunden-Betreuung, wie in den Kindergärten?

Antwort – dies wird natürlich den Kommunen als Schulträger überlassen, die sich die Kosten dafür dann mit den Eltern teilen dürfen. Und wo finde ich qualifiziertes Personal, das bereit ist Mo. – Mi. von 7-8 und von 16-17 Uhr sowie ggf. kurz in der Mittagspause zu arbeiten, am Do. und Fr. dann aber den gesamten Nachmittag? Für das Mittagessen selbst ist außerdem die Gemeinde zuständig, inklusive des nötigen Personals. Übernimmt die Küchenfrau also zukünftig die Schüler an der Schwelle der Mensa, sorgt dafür, dass brav aufgegessen wird und übergibt sie dann mit abgewischem Mund am Ausgang wieder den für den Rest der Mittagspause aufsichtführenden Lehrkräften? Darüber hinaus soll die Kommune dann noch für den Einsatz der Lehrkräfte in der Mittagspause pro Stunde einen Kostenbeitrag von 15 € leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nicht polemisch werden und auch die inhaltliche Auskleidung dieser Vereinbarungen abwarten, aber wenn dies so zutrifft, kann ich nur sagen, dass dieser Kompromiss ein fauler ist. Da wäre es fast besser, wir bleiben bei der bisherigen Halbtagsgrundschule mit der ergänzenden Hortbetreuung, für die, die es tatsächlich brauchen.

Leider muss ich zusätzlich sowohl bei der Kinderbetreuung als auch bei der Schule noch einige zusätzliche Fragezeichen bezüglich der Beteiligung von Bund und Land setzen. Es klingt gut, wenn Politiker das finanzielle Engagement zugunsten der kommunalen Ebene herausstreichen. Die Realität ist leider eine etwas andere. Für Investitionen im Kindergartenbereich gibt es gar keine Zuschüsse mehr, für den Krippenbereich hat man uns mitgeteilt, dass die 2014 verfügbaren Fördermittel bereits weit überzeichnet sind und dass unklar ist wie es 2015 weitergeht. Darüber hinaus sind die Schulbauförderrichtlinien für die Gemeinschaftsschule noch gar nicht verabschiedet.

Trotz all dieser ungeklärten Fragen wollen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, unserem selbstgesteckten Ziel – der Familienfreundlichkeit – gerecht werden und sind bemüht den örtlichen Bedarf mit einem qualifizierten und attraktiven Angebot zu decken. Gerade im Schulbetrieb sichert nur der Schulstandort in der eigenen

Gemeinde eine gewisse Einflussmöglichkeit als Schulträger. Dies gibt mir aber Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass auch in Zukunft nicht alles geht, was gewünscht wird. Alle Leistungen müssen finanziert und organisatorisch bewältigt werden und damit gegenüber der Gesamtheit der Einwohnerschaft vertretbar sein, denn bereits heute erfordert der Bereich Kinderbetreuung und Schulen bei uns die Abdeckung eines jährlichen Defizits aus allgemeinen Steuermitteln in Höhe von mehr als 5 Mio. €.

Ein weiterer Aspekt, der für den Erhalt des Schulstandorts spricht, ist die Chance der örtlichen Vereine durch Kooperationen trotz Ganztagesschulbetrieb weiterhin an den Kindern und Jugendlichen dran zu bleiben. Auch mir ist bewusst, dass es sehr schwer ist, nachmittags qualifizierte Trainer und Übungsleiter zu bekommen, aber ich sehe die Zusammenarbeit mit den Schulen trotzdem als Möglichkeit Kinder für das Vereinsleben zu gewinnen. Hier sind einige örtliche Vereine bereits zukunftsweisende Wege gegangen, vielleicht gelingt es noch mehr die Zusammenarbeit diesbezüglich zu intensivieren. Ich erinnere an meine Worte bei den Ortskartellsitzungen, wo es um eine engere Zusammenarbeit bis hin zur Fusion ging. Ich sehe durchaus wichtige Aufgaben in der Vereinsgemeinschaft, die über die Organisation von Festen hinausgeht. Allerdings muss dazu historisch gewachsenes Konkurrenzdenken endlich vollständig überwunden werden.

Nach wie vor haben wir trotz aller Nachwuchssorgen ein reges und intensives Vereinsleben. Die Gemeinde hat in der Vergangenheit durch Investitionen in eigene Einrichtungen wie Kultur- und Sporthallen und das Hallenbad sowie Zuschüsse zu Vereinsinvestitionen aus meiner Sicht sehr gute Voraussetzungen geschaffen, auch wenn die Kapazitäten nie ganz ausreichen werden. Der nach einer Verwaltungsumfrage zunehmenden Not an Lagerkapazität wollen wir ebenfalls mithelfen entgegen zu wirken. Hierzu prüft das Bau- und Liegenschaftsamt derzeit die gemeindlichen Möglichkeiten. Wir werden dazu und zu weiteren Raumwünschen demnächst wieder auf die Vereine zukommen. Allerdings muss auch dies in finanziell vertretbarem Rahmen bleiben.

Das Landratsamt hat uns aktuell mitgeteilt, dass der zunehmende Zustrom von Flüchtlingen im Rahmen der Anschlussunterbringung nach Asylverfahren bei uns zum weiteren Unterbringungsbedarf von mindestens 17 Personen in 2014 führen wird. Dafür müssen wir entsprechende Kapazitäten schaffen. Eine Herausforderung stellt aber die qualifizierte Betreuung und Integration dieser Menschen dar, der auch wir uns stellen müssen, selbst wenn es originäre Aufgabe der Sozialbehörde im Landratsamt ist. Ich hoffe hierbei auf bürgerschaftliches Engagement, wie es in anderen Kommunen bereits erfolgreich praktiziert wird.

Technische Infrastruktur

Relativ verlässliche Planungsgrundlagen für die technische Infrastruktur hat das Bau- und Liegenschaftsamt erarbeitet. Es liegt ein langfristiges Straßensanierungsprogramm vor, für den Abwasserbereich kennen wir die Schadenssituation im Kanalsystem. Wir wissen, dass wir in das Wasserwerk Tiefgestade investieren müssen um auch dort auf den Stand der Technik zu kommen. Insgesamt beläuft sich der Investitionsbedarf auf einen zweistelligen Millionenbetrag in den nächsten Jahren. Dieser

lässt sich aber begrenzt den finanziellen Möglichkeiten anpassen, denn weder bei den Gemeindestraßen, noch bei der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung bestehen wie in anderen Kommunen unhaltbare Zustände, die das zeitlichen Strecken einzelner Maßnahmen nicht zulassen.

Trotzdem halten wir es für wichtig kontinuierlich in die Infrastruktur zu investieren um nicht ins Hintertreffen zu geraten. In 2014 wollen wir deshalb unter anderem die Hauptstraße fertigstellen, die Straße Am Südhang und die Eichendorffstraße angehen und natürlich die Sanierung von Kanal- und Straßenschäden sowie Gehwegen, Brücken und Parkplätzen fortsetzen.

Im Gewerbegebiet ist der östliche Teil der Erweiterung fast fertiggestellt und die Grundstücke zum guten Teil verkauft, im westlichen Teil soll die Erschließung bis zur Jahresmitte abgeschlossen sein. Auch hier gibt es bereits mehrere Kaufinteressenten.

Nach der Neufassung der Gesetzgebung zur Bauleitplanung muss eine Gemeinde ab sofort für den Ausweis neuer Baugebiete sehr ausführlich den tatsächlichen Bedarf nachweisen. Ziel dabei ist den Flächenverbrauch einzudämmen. Allerdings schränkt dies auch diejenigen Kommunen in ihrer Entwicklung ein, die in der Vergangenheit ihre Hausaufgaben bezüglich der Innenentwicklung und Schließung von Baulücken bereits erledigt haben.

Ein Ärgernis stellt die zumindest im Ortsteil Eggenstein ungenügende Breitbandversorgung der Telekom dar. Hier mahnen wir schon seit Jahren Verbesserungen an. Allerdings speist man uns regelmäßig mit Wirtschaftlichkeitsargumenten und dem Hinweis auf weitere Anbieter ab. Der Landkreis Karlsruhe versucht derzeit Lösungen für das regionale Breitbandnetz, also bildlich gesprochen die Datenautobahn, in interkommunaler Zusammenarbeit zu realisieren. Für die innerörtliche leistungsstarke Verteilung bis zum Hausanschluss muss aber weiterhin die einzelne Kommune selbst sorgen.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich wie jedes Jahr, ein paar Sätze zur verkehrlichen Situation in unserer Gemeinde sagen. Neben dem technischen Zustand der Straßen, Wege und Plätze ist immer auch der fließende und ruhende Verkehr selbst ein Thema. Viele Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und -lenkung wurden in der Vergangenheit ergriffen und waren erfolgreich. Der jährliche Bericht des Reviers Waldstadt über die Unfalllage zeigt, außer der B36 und der großen Kreuzung an der L559, keine Unfallschwerpunkte. Trotzdem ist die Verwaltung, auch in Zusammenarbeit mit der AG Verkehr, bemüht die Situation gerade für die schwächeren Verkehrsteilnehmer laufend zu verbessern. Die reine Lehre wird sich allerdings auch in Zukunft weder beim fließenden noch beim ruhenden Verkehr umsetzen lassen. Ohne gegenseitige Rücksichtnahme aller geht es nicht. Ausreichende Parkplätze zu schaffen ist sicherlich ein berechtigter Wunsch von Anliegern und Einzelhändlern. Öffentliche Parkplätze können aber nur dort ausgewiesen werden, wo es rechtlich erlaubt ist. Und Grundstückseigentümer sind ein Stück weit auch selbst dafür verantwortlich, dass ihre PKW dort abgestellt werden, wo sie eigentlich hingehören, nämlich auf privaten Stellplätzen. Der für die Hauptstraße beschlossene

Fahrradstreifen hat sich andernorts sehr gut bewährt, allerdings nur dann, wenn er nicht rücksichtslos zugeparkt wird.

Natur und Freizeit

Im Bereich Natur und Freizeit hat sich in 2013 Erfreuliches getan und kündigt sich ebenso für 2014 an. Die Bellebrücke ist, wenn auch mit Verzögerung, fertiggestellt und die umfangreichen Maßnahmen zur Renaturierung des Albkanals sind in Arbeit.

Gute Nachrichten gibt es zum Projekt Entschlammung Alter Hafen. Das Regierungspräsidium als Vorhabenträger hat die Planungen in Abstimmung mit der Gemeinde fertiggestellt. Bringt die anstehende Ausschreibung der Maßnahme das gewünschte Ergebnis, kann im Herbst mit den Arbeiten begonnen werden. Die Entnahme von Kiesvorkommen im Hafen und die Verlagerung des Schlammes in die entstehende Vertiefung wäre ein wesentlicher Schritt im Bemühen den Alten Hafen als einmaligen Naturbereich dauerhaft zu erhalten und die Wasserqualität zu verbessern.

Um der Kritik zu Kahlschlagmaßnahmen bei der Pappelernte gerecht zu werden, hat unser Förster für das kommende Fortwirtschaftsjahr einen Plan für die Einzelentnahme großer Pappeln entwickelt, der in einem Gebiet des Gemeindeforstes getestet werden soll. Wenn dies erfolgreich ist, könnten wir für manche Teilbereiche unseres Waldes einen wesentlichen Streitpunkt der vergangenen Jahre zu den Akten legen.

Sehr unbefriedigend ist nach wie vor der Zustand der Straße entlang des Rheins bei der Fähre, die teilweise auf Bundes- und teilweise auf Gemeindeeigentum verläuft. Der Gemeinderat hat bereits vor Jahren signalisiert, die Kosten für eine Sanierung großteils übernehmen zu wollen, wenn der Bund dafür kein Geld bereitstellen will oder kann. Allerdings sind wir nur dann dazu bereit, wenn auch die verkehrsrechtliche Möglichkeit besteht, das Parken auf der Rheinseite effektiv zu unterbinden. Wir geben ja keinen sechsstelligen Betrag dafür aus, dass unsere Einwohner dann weiterhin an einer Wand von Wohnmobilen entlang spazieren müssen ohne das Wasser zu sehen. Leider sind die Gespräche mit dem zuständigen Bundesamt hierzu immer noch nicht erfolgreich. Wir lassen aber nicht locker.

Liegenschaften und Verwaltung

Ein Aufreger in 2013 war der Beschluss des Gemeinderates das Gasthaus Lamm zu veräußern. Es ist sicherlich nicht kommunale Pflichtaufgabe ein Gasthaus zu betreiben, schon gar nicht wenn keine kostendeckende Miete zu erzielen ist und Steuergelder benötigt werden. Trotzdem ist der Wunsch vieler Einwohner nachvollziehbar das gastronomische Angebot in unserer Gemeinde zu erhalten. Wir hatten den Auftrag, das Gasthaus möglichst an einen Interessenten zu veräußern, der auch zukünftig ein Lokal betreiben will. Das ist gelungen. Ich habe allerdings schon damals darauf hingewiesen, und tue es heute noch einmal, dass es nicht möglich ist die Art der Gastronomie bis ins Detail vorzuschreiben. Wer also erwartet, dass das Lamm in seiner früheren Form unverändert weiterbetrieben wird, könnte unter Umständen enttäuscht werden.

Nachdem im vergangenen Jahr landesweit die Grundbuchämter bei bestimmten Amtsgerichten zentralisiert wurden, haben wir eine Einsichtsstelle eingerichtet, die es unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erlaubt alle wesentlichen Informationen zu erhalten. Grundstücksgeschäfte sind ohnehin bei den Notaren zu tätigen. Die Schließung der Außenstelle des Bürgerbüros hat hohe Wellen geschlagen. Neben der ehrlich gemeinten Diskussion im Gemeinderat darüber, ob es sich eine Gemeinde leisten sollte zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen um eine solche Stelle aufrecht zu erhalten, obwohl dadurch kein einziger Geschäftsvorfall mehr bearbeitet wird, ist leider auch das alte, längst überwunden geglaubte Ortsteildenken wieder aufgeflammt. Die Gemeindeverwaltung hat dabei auch wieder einmal zu hören bekommen, dass der Ortsteil Leopoldshafen sträflich vernachlässigt werde. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man nur behaupten, wenn man die Augen fest verschließt und alle Fakten ignoriert. Ich will heute auf die Aufzählung der Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe verzichten, bin aber gerne bereit dies detailliert aufzuzeigen.

Ich möchte kein neues Öl in das hoffentlich langsam ausgehende Feuer schütten. Ich bin allerdings doch sehr verwundert, dass sich gerade auch Mitbürger an dieser unseligen Diskussion aktiv beteiligt haben, die in den vergangenen Jahrzehnten an herausragender Stelle an den entsprechenden kommunalpolitischen Entscheidungen selbst beteiligt waren.

Viele Einwohnerinnen und Einwohner haben mir demgegenüber bestätigt, dass sie die Schließung der Außenstelle zwar bedauern, die Gründe aber akzeptieren. Dass vor allem aber die Lebensqualität und Attraktivität für sie an ganz anderen Kriterien festgemacht werden müssen und sie sehr zufrieden mit ihrem Wohnumfeld sind.

Völlig offen, trotz anderslautender Gerüchte, ist die Zukunft des gesamten Areals des alten Rathauses. Weder Gemeinderat noch Verwaltung haben konkrete Pläne, schon gar nicht die das Gelände für eine verdichtete Reihenhausbebauung zu veräußern, wie es leider von privaten Bauträgern in der Leopoldstraße derzeit praktiziert wird. Wir haben aus meiner Sicht auch keine Eile. Es gibt Vorschläge in Bezug auf soziale Einrichtungen, z.B. für Senioren. Diese können sicherlich diskutiert werden. Zunächst einmal haben wir im alten Rathaus aber noch die Nutzung durch Vereine und die Volkshochschule, die weiterhin möglich sein sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ganz sicher nicht überlebenswichtig für eine Kommune ein modernes, attraktives und einheitliches Erscheinungsbild zu haben, heute nennt man das ja Corporate Design. Dieses ist aber wesentliche Grundlage für eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Und diese wiederum ist Ausgangspunkt für die Bemühungen um intensive Bürgerbeteiligung. Zu allen Großprojekten und wichtigen kommunalen Entscheidungen haben wir uns um die Einbeziehung der Bevölkerung bemüht – eine Vielzahl öffentlicher Beratungen des Gemeinderates und seiner Gremien, öffentliche Waldbegänge, Informationsveranstaltungen zu Baumaßnahmen und den Planungen bei der Kinderbetreuung und dem Schulwesen sind Beleg dafür. Trotzdem bin ich Realist genug um zu wissen, dass solche Veranstaltungen nur auf beschränkte Resonanz stoßen. Oft kommen Diskussionen erst bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen auf. Deshalb müssen diese durch permanente Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Unser Amtsblatt und die elektronische Informationsmöglichkeit im Internet ist ein äußerst wichtiger Kommunikationsweg.

Meine Referentin, Frau Hauck, hat seit April vergangenen Jahres intensiv daran gearbeitet die Informationsversorgung der interessierten Einwohnerschaft zu koordinieren und zu verbessern. Dabei spielt die optische Neugestaltung unserer so genannten Print-Medien eine gewisse Rolle, aber vor allem das Bemühen Gemeindegeschehnisse umfassend und verständlich zu transportieren. Ich meine, das ist Frau Hauck sehr gut gelungen.

Das neueste Projekt in dieser Reihe ist die Neugestaltung unseres Internetauftritts, der in die Jahre gekommen ist. Ich möchte Ihnen heute, als kleinen Appetithappen lediglich einige Seiten des zukünftigen Internetauftritts zeigen, der technisch inzwischen fertiggestellt ist und in den nächsten Wochen von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Inhalt gefüllt wird. Voraussichtlich ab dem 1. März wird der neue Internetauftritt zur Verfügung stehen und einige neue Funktionen bereitstellen.

Neben dem neuen Internetauftritt arbeitet unser Verlag derzeit an einer Internetversion des Amtsblattes, damit interessierte Leser ihre Informationen ortsunabhängig abrufen können. Ein Einsatztermin steht allerdings noch nicht fest.

Vereine, Jubiläen, Veranstaltungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem letzten Bereich kommen. Unsere Ortsgemeinschaft definiert sich nicht zuletzt über die Pflege von Traditionen und das gesellschaftliche Miteinander. Dazu besteht in den nächsten 3 Jahren mehrfach herausragende Gelegenheit.

Mit einem Jubiläumsball beginnt der Gesangverein Fidelia Leopoldshafen am nächsten Samstag sein 125. Jubiläumsjahr. In 2014 in Eggenstein und 2015 in Leopoldshafen feiern die beiden Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr ihren 150. Geburtstag. Viele Veranstaltungen begleiten dieses Jubiläum, vom Festgottesdienst über Tage der offenen Tür bis hin zum Festakt mit großem Zapfenstreich. Ich bin mir sicher, dass die Verantwortlichen ein Programm zusammengestellt haben, dass allen Einwohnerinnen und Einwohnern etwas bietet.

Im Jahr 1974 wurden Eggenstein und Leopoldshafen zur heutigen Gesamtgemeinde fusioniert. Auch wenn diese Fusion keine Liebesheirat war, bin ich der Überzeugung, dass beide heutigen Ortsteile von der Verwaltungsreform profitiert haben. Wir wollen im Juli dieser 40 Jahre gemeinsamer Entwicklung gedenken.

Die Vereine des Ortskartells Leopoldshafen haben beschlossen statt des Straßenfestes in Anlehnung an die Veranstaltung anlässlich des 850. Ortsjubiläums wieder ein Ortsfest rund um die Rheinhalle zu organisieren. Dieses wird ebenfalls im Juli stattfinden.

Die Vorbereitungen zum 1250. Jubiläum der Erstnennung von Eggenstein in 2015 und 2016 laufen bereits auf vollen Touren. Viele örtliche Vereine und Organisationen werden sich einbringen. Es werden trotzdem auch weiterhin Mitstreiter gesucht, die ihre Ideen und ihr Engagement einbringen wollen. Wir haben ein Jubiläumsbüro in der Verwaltung eingerichtet, das von Frau Hauck betreut wird. An sie kann sich jeder mit Fragen und Anregungen wenden.

Auf einen Veranstaltungstermin möchte ich noch hinweisen. Die diesjährige Winterausstellung unseres Museumsleiters Wolfgang Knobloch unter dem Titel „Der 1. Weltkrieg“ wird heute im Heimatmuseum eröffnet. Herr Knobloch ist gerne bereit im Anschluss an diese Veranstaltung eine Führung durch die Ausstellung anzubieten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne bürgerschaftliches Engagement und Solidarität gibt es keine funktionierende Ortsgemeinschaft. Ein wesentliches Standbein dafür sind die in den Ortskartellen zusammengeschlossenen Vereine und Organisationen. Dass diese nicht nur an sich selbst denken beweisen sie bei vielen Gelegenheiten, so auch bei den jährlichen Adventssingen, deren Reinerlös an soziale Einrichtungen geht.

Ich darf die beiden Vorsitzenden der Ortskartelle, Mario Schönleber und Roland Fritz, zu mir auf die Bühne bitten. Ebenso bitte ich die Vertreter der Notfallhilfe sowie der Diakoniestation zu uns.

Überreichung Reinerlös Adventssingen durch OKE/L

Überreichung der neuen Fahnen mit Gemeindewappen an Ortskartellvorsitzende

Wahlen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen wichtigen Termin hinweisen. Am 25. Mai finden Europa- und Kommunalwahlen statt. Ich möchte Ihnen keinen Vortrag über die Bedeutung der Mitarbeit in den Gemeinde- und Kreisgremien halten, das werden die Bewerberinnen und Bewerber in den kommenden Monaten sicherlich ausführlich tun. Ich möchte Sie alle aber bitten, seien Sie, als engagierte Bürgerinnen und Bürger, Multiplikatoren und werben Sie bei unseren Einwohnerinnen und Einwohnern für eine Wahrnehmung des Wahlrechts, das ein Grundrecht unseres demokratischen Gemeinwesens darstellt und nicht überall so gut und sicher auszuüben ist wie bei uns.

Eine wichtige Aufgabe des Bürgermeisters besteht darin für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Verwaltung unter Einbeziehung der Bürgerschaft zu sorgen um die kommunalen Themen mit der gebotenen Sachlichkeit bearbeiten zu können.

Unsere Gemeinde steht durch weitblickende Entscheidungen des Gemeinderates, durch umsichtiges und effizientes Verwaltungshandeln sowie durch vielfältiges bürgerschaftliches Engagement im regionalen und überregionalen Vergleich hervorragend da. Eggenstein-Leopoldshafen hat eine überaus gute Entwicklung genommen und sieht einer positiven Zukunft entgegen, die weitere Herausforderungen mit sich bringen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste,

ich danke Ihnen, dass Sie heute so zahlreich zu unserm jährlichen Treffen gekommen sind, dass Sie den zu Ehrenden den gebührenden Respekt gezeigt und nicht

zuletzt den Ausführungen des Bürgermeisters so geduldig zugehört haben. Das Jahr 2014 birgt genügend Herausforderungen um interessant und spannend zu werden. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien Gesundheit, Erfolg und Zufriedenheit. Ich hoffe, Sie bleiben noch ein Wenig bei uns und erheben mit uns das Glas auf ein gutes Miteinander in 2014.

Vielen Dank